

Weber / Förchler: Der Zivilprozess, 4. Auflage 2018

Antworten zu Kontrollfragen Kapitel 15 „Rechtsmittel und Rechtsbehelfe“

1. Richter sind auch nur Menschen: Sie können bei der Bewertung von Sachverhalten irren, Beweisaufnahmen lassen oft großen Ermessensspielraum, auch ist eine Fehlanwendung des Rechts denkbar.
2. Eine Risikoabwägung ist insoweit erforderlich, weil auch eine zweite Instanz Geld kostet. Vor Einlegung eines Rechtsmittels sind daher die Erfolgsaussichten genau wie vor einer Klageerhebung zu prüfen. Zu dem allgemeinen Kostenrisiko bei Prozessverlust kommt hinzu, dass die Anwaltsgebühren in der zweiten Instanz höher sind als in der ersten Instanz.
3. Mit dem Devolutiveffekt wird der Abwälzungseffekt auf eine höhere Instanz beschrieben (bei fehlendem Devolutiveffekt entscheidet derjenige Richter, dessen Entscheidung angefochten wird, selbst über den Rechtsbehelf). Der Suspensiveffekt hingegen hält die Entscheidung bzgl. des Eintritts der formellen Rechtskraft noch in der Schwebe, denn die Entscheidung kann ja noch inhaltlich abgeändert werden.
4. Nach Art. 19 Abs. 4 GG muss es gegen Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt einen Rechtsweg geben. Nach Art. 95 GG richtet der Bund dafür Gerichtshöfe ein. Nach dem GG muss es also ein Eingangsgericht und ein Bundesgericht geben.
5. Gegen Urteile des AG ist die Berufung an die Berufungskammer des LG oder die KfH des LG statthaft, gegen Beschlüsse gibt es die Beschwerde zu den gleichen Gerichten (§§ 23, 72 Abs. 1, 100 GVG, 511, 567 ZPO). Selten ist gegen ein amtsgerichtliches Urteil die Sprungrevision an den BGH gegeben (§ 133 GVG).
6. Gegen familiengerichtliche Beschlüsse gibt es die Beschwerde an das OLG statt (§§ 58 Abs. 1 FamFG, 119 Abs. 1, 2 GVG), selten gibt es die Sprungrechtsbeschwerde an den BGH (§§ 75 FamFG, 133 GVG).
7. Gegen Urteile des erstinstanzlich entscheidenden LG ist die Berufung, gegen Beschlüsse des LG die Beschwerde an das OLG statthaft, sofern nicht die Sprungrevision direkt an den BGH zugelassen ist.
8. Das Revisionsgericht unterzieht die angegriffene Entscheidung nur einer *Rechtskontrolle*. Das Berufungsgericht überprüft das vorinstanzliche Urteil in tatsächlicher (Fakten) und in *rechtlicher* Hinsicht (Rechtsanwendung). Das Beschwerdegericht überprüft Beschlüsse wiederum in *tatsächlicher* und in *rechtlicher* Hinsicht.
9. Beschwer ist eine Benachteiligung durch die gerichtliche Entscheidung der Vorinstanz, die durch das Rechtsmittel beseitigt werden soll. Sie ist bei allen Rechtsmitteln erforderlich (vgl. §§ 511 Abs. 2, 567 Abs. 2, 26 Nr. 8 EGZPO).
10. Zulassung ist möglich bei der Berufung und der Rechtsbeschwerde, sie ist erforderlich bei der Revision (§§ 511 Abs. 2 Nr. 2, 543, 574 Abs. 1 ZPO).

11. Das ist das Verschlechterungsverbot, der Rechtsmittelführer darf bei erfolglosem Rechtsmittel nicht schlechter stehen als er vor Einlegung des Rechtsmittels stand. Das gilt nicht, wenn der Gegner ein Anschlussrechtsmittel eingelegt hat.
12. Die Frist für die Einlegung der Berufung ist eine Notfrist von einem Monat seit Zustellung des Urteils, sie kann nicht verlängert werden (§ 517 ZPO). Die Berufungsbegründungsfrist beträgt zwei Monate und ist auf Antrag verlängerbar (§ 520 Abs. 2 ZPO).
13. Ja, weil das Berufungsgericht immer mindestens ein Landgericht ist (§ 78 ZPO).
14. Der Wert des Beschwerdegegenstandes beträgt 600 € (§ 511 Abs. 1 Nr. 1 ZPO). Der Kläger erreicht ihn, wenn der Tenor mindestens 600,01 € hinter dem Klageantrag zurückbleibt, der Beklagte, wenn er zur Zahlung von mindestens 600 € verurteilt wurde.
15. Berufungsanträge, Geltendmachung einer Rechtsverletzung, Behauptung unrichtiger Tatsachenfeststellungen, neues Vorbringen.
16. Das Berufungsgericht ist an die Tatsachenfeststellungen der Vorinstanz grundsätzlich gebunden, sofern nicht Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit vorliegen. Neues Vorbringen und Tatsachenerhebungen können nur in den Grenzen der §§ 528 bis 531 ZPO erfolgen: Präkludierter Vortrag bleibt präkludiert. Nicht zurückgewiesene Tatsachen sind nur erheblich, wenn Beweismittel erst nach Abschluss der ersten Instanz aufgefunden wurden (§ 531 Abs. 2 ZPO). Andernfalls muss dargelegt werden, dass früheres Vorbringen ohne Nachlässigkeit nicht möglich war.
17. Es kann die Berufung bei Unzulässigkeit *verwerfen*, bei Unbegründetheit *zurückweisen*, das angefochtene Urteil *aufheben* oder *abändern*, ausnahmsweise an die Vorinstanz *zurückverweisen* (vgl. § 538 Abs. 2 Nr. 1 bis 7 ZPO).
18. Die Revision findet nur statt, wenn sie zugelassen worden ist, entweder durch das Berufungsgericht oder – auf Nichtzulassungsbeschwerde – durch den BGH.
19. Der BGH darf nur eine reine Rechtskontrolle vornehmen, also prüfen, ob die Vorinstanz auf Grundlage der festgestellten Tatsachen die Rechtsvorschriften richtig angewandt hat.
20. Revisionsgründe sind die Umstände, aus denen sich die Rechtsverletzung ergeben soll. *Absolute* Revisionsgründe sind die in § 547 ZPO aufgezählten Verstöße, bei denen das Urteil stets als auf der Rechtsverletzung beruhend angenommen wird. Bei *relativen* Revisionsgründen muss noch nachgewiesen werden, dass das Urteil auch tatsächlich auf den Rechtsfehler beruht.
21. Sie ist nur möglich, wenn sie ausdrücklich im Gesetz bestimmt ist (§ 567 Abs. 1 Nr. 1 ZPO), oder ein das Verfahren betreffendes Gesuch im Wege des Beschlusses zurückgewiesen worden ist (§ 567 Abs. 1 Nr. 2 ZPO). Sie richtet sich also entweder gegen die Zurückweisung eines Gesuchs durch Beschluss oder gegen andere Beschlüsse in gesetzlich bestimmten Fällen.

22. Es ist eine Notfrist von zwei Wochen zu beachten (§ 569 Abs. 1 ZPO).
23. Das Ausgangsgericht, dessen Entscheidung angegriffen wird, kann *selbst* abhelfen. Andernfalls entscheidet das Beschwerdegericht.
24. Rechtsbeschwerde ist eine weitere Beschwerde gegen die Beschwerdeentscheidung; sie ist nur statthaft, wenn vom Gesetz vorgesehen oder vom Beschwerdegericht zugelassen, sie kann nur beim BGH eingelegt werden.